Hohes persönliches Risiko

Wie nach dem Mauerbau westdeutsche und West-Berliner Fluchthelfer das brutale DDR-Grenzregime bekämpften

Mit dem Einmauern ihrer Bürger begann am 13. August 1961 der Anfang vom Ende der DDR. Der 50. Jahrestag des Mauerbaus ist mit einer Fülle von Veranstaltungen und einer Flut von Publikationen gewürdigt worden. Aber während Vorgeschichte, Ausbau und Auswirkungen des brutalen Grenzregimes gut erforscht sind und stets in den Medien präsent waren, blieb ein anderes Kapitel dieser traurigen Geschichte bis in die neunziger Jahre nahezu tabuisiert: die Bemühungen, Bürgern der DDR durch das immer enger werdende Abschottungsnetz zur Flucht in die Freiheit zu verhelfen.

Marion Detjen hat 2005 zum Thema „Fluchthilfe“ eine überzeugende wissenschaftliche Publikation für den Zeitraum bis 1989 vorgelegt: „Ein Loch in der Mauer“. Ihre Befunde wurden jüngst für die sechziger Jahre durch zwei Veröffentlichungen aus der Feder aktiver Fluchthelfer ergänzt. Klaus von Keussler und Peter Schulenburg beschreiben die Aktivitäten der vornehmlich auf den Fluchttunnelbau setzenden Gruppe um Wolfgang Fuchs. Burkhart Veigel befasst sich in einer breiter angelegten Darstellung mit den Aktionen der sogenannten Girrmann-Gruppe sowie von ihm alleine initiierten Fluchthilfeverfahren.

Fluchthilfe setzte unmittelbar nach dem Mauerbau ein. Dabei ging es zunächst darum, Familienangehörige, Freunde oder auch Grenzgänger durch die Sperren zu bringen. Die Fluchthelfer kamen vornehmlich aus studentischen Zirkeln, vor allem der Freien Universität Berlin (FU). Später stießen auch Handwerker dazu, von denen manche zuvor selbst aus der DDR geflohen waren. Außer Verwandten oder Freunden das Entkommen zu ermöglichen, trieb viele Fluchthelfer der selbstlose Wunsch an, Menschen in Not zu unterstützen. Die „Zeit der Helden“ (Detjen) und der studentischen Fluchthilfe endete Mitte der sechziger Jahre, weil das Grenzregime der DDR immer undurchlässiger und der Aufwand für eine Flucht immer größer wurde. Trotz weiterhin vorhandener humanitärer Motive ließen sich nun professionell arbeitende Fluchthelfer wie Burkhart Veigel ihre explodierenden Auslagen erstatten. Seit Ende der sechziger Jahre beherrschten kommerzielle Fluchthilfe-Kleinunternehmer die Szene, mitunter in Kooperation mit ehemaligen DDR-Häftlingen.

Fluchthilfe war mit einem hohen persönlichen Risiko verbunden. Die Grenzorgane der DDR machten rücksichtslos von der Schusswaffe Gebrauch, auch Fluchthelfer verloren dadurch ihr Leben. Wurden die Helfer gefasst, hatten sie ebenso wie die Fluchtwilligen mit drakonischen Strafen zu rechnen. Da das MfS viele der Gruppen erfolgreich mit Spitzeln durchsetzen konnte, flogen zahlreiche Fluchtvorhaben auf. Schulenburg selbst wurde verhaftet und zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt, kam allerdings nach einem Jahr im Austausch wieder frei.

Während die DDR Fluchthilfe als bandenmäßigen Menschenhandel aus Gewinnsucht diffamierte, verhielten sich staatliche Stellen in West-Berlin vorsichtig distanziert. Unterstützung gab es nur in Einzelfällen. So berichten Keussler und Schulenburg von einem leitenden Polizeibeamten in Wedding, der die aktive Unterstützung eines Fluchttunnelvorhabens mit beruflichen Nachteilen bezahlte. Konnten die Fluchthelfer unmittelbar nach dem Mauerbau noch auf öffentliche Solidarität und staatliche Duldung rechnen, wurden sie im Zuge der auf „Wandel durch Annäherung“ zielenden Politik (beispielsweise durch die Passierscheinvereinbarungen 1963/64) zunehmend als Störpotential empfunden. Medien und Öffentlichkeit betrachteten die Aktivitäten jetzt nicht selten vor einem kommerziellen Hintergrund.

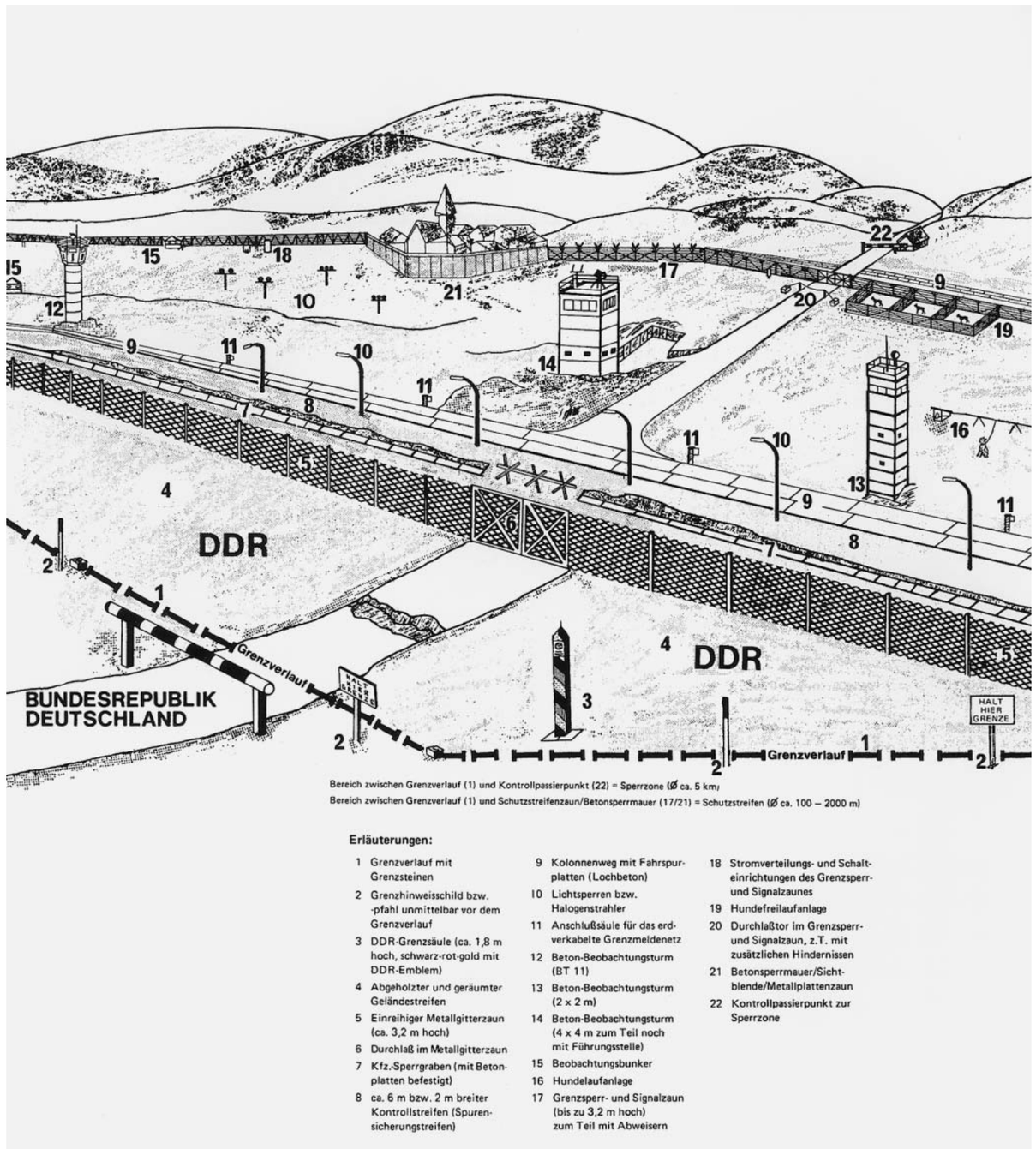
Keussler und Schulenburg, damals beide Jura-Studenten an der FU, schildern detailliert Entstehung und Struktur der bis zu 50 Personen umfassenden Fuchs-Gruppe, zu der auch der spätere Astronaut Reinhard Furrer zählte. Diese leistete zunächst Fluchthilfe für Verwandte von Fuchs und konzentrierte sich neben der Nutzung anderer Verfahren ab 1962 auf den Bau von Tunneln. Anschaulich beschreiben die Autoren den Verlauf erfolgreicher sowie aufgrund von Verrat oder Einsturz misslungener Unternehmungen. Einen Höhepunkt der Aktivitäten bildete die dramatische Flucht von 57 Personen durch einen Tunnel unter der Bernauer Straße im Oktober 1964. Dabei wurde ein Unteroffizier der Grenztruppen durch Schüsse eines Kameraden tödlich verletzt. Die DDR machte jedoch die Fluchthelfer („Mordbanditen“) dafür verantwortlich.

Burkhart Veigel stieß als Medizinstudent zu einer Gruppe um Detlef Girrmann und Dieter Thieme, die das Studentenwerk an der FU leiteten und es zu einer Fluchthelferzentrale machten, zunächst vor allem für studentische Grenzgänger. Veigel trennte sich später von der Gruppe und ging bis 1970 mit Helfern eigene Wege in der zunehmend mit Spitzeln durchsetzten Szene. Mit Hilfe von West-Berliner und westdeutschen Ausweisen oder skandinavischen Pässen, mit Unterstützung von Doppelgängern, durch die Kanalisation oder Tunnel in Berlin sowie in Autos versteckt schleusten die Fluchthelfer Menschen aus der DDR. Alleine 120 Personen kamen mit einem aufwendig umgebauten Cadillac Veigels in den Westen.

Trotz des mitunter ermüdenden Detailreichtums und einer wahren Namensflut zeichnen beide Darstellungen ein facettenreiches Bild von Motiven, Verfahren, Gefahren sowie von Erfolgen und Misserfolgen der Fluchthilfe. Sie gewähren einen authentischen Einblick in die Situation existentieller Bedrohung, in der sich die Beteiligten befanden, und geben Aufschluss über die zeitgenössischen juristischen, öffentlichen und politischen Bewertungen. Die gut recherchierten Bücher basieren auf Interviews, eigenen Aufzeichnungen oder MfS-Akten und sind mit zahlreichen Abbildungen, Faksimiles und Skizzen versehen. HANS EHLERT

Klaus-M. von Keussler/Peter Schulenburg: Fluchthelfer. Die Gruppe um Wolfgang Fuchs. Berlin Story Verlag, Berlin 2011. 300 S., 19,80 €.

Burkhart Veigel: Wege durch die Mauer. Fluchthilfe und Stasi zwischen Ost und West. Edition Berliner Unterwelten, Berlin 2011. 431 S.,19,90 €.



Die innerdeutsche Grenze

Abbildung aus Thomas Schwark u. a. (Herausgeber): Grenzziehungen, Grenzerfahrungen, Grenzüberschreitungen. Darmstadt 2011

Das Recht des Stärkeren

Argentinien fehlt die verantwortungsbewusste Oberschicht

Das Gewicht der „República Argentina“ in Lateinamerika fordert höchste Aufmerksamkeit ein. Der von Peter Birle und anderen herausgegebene Sammelband versucht, neben den Themen Politik und Wirtschaft auch der Kultur ein eigenständiges Profil zu geben. Dass Argentinien sich nicht zuletzt aus seiner eigenen Geschichte versteht und daraus die Grundlage seines gebrochenen Identitätsbewusstseins und seiner Zukunftshoffnungen ableitet, kommt aber nur in Andeutungen vor zugunsten von analytischen sozialwissenschaftlichen Denkfiguren, für die eine historisch-kulturelle Hermeneutik keinen Platz mehr bietet. Argentinien hat im 19. und 20. Jahrhundert eine beachtenswerte Anzahl von prägenden Intellektuellen hervorgebracht; akademische und quasiakademische Beratungsgremien besaßen im Landesinneren und international Strahlkraft. Insgesamt bleibt der Eindruck, dass sich zu viel auf die Hauptstadt Buenos Aires konzentriert.

Das von Klaus Bodemer verfasste Kapitel zur Außenpolitik versäumt es, auf Argentiniens relativ neue Verbindungen mit Asien einzugehen. Im kurzen Beitrag zu den deutsch-argentinischen Beziehungen wird die Tatsache unterschlagen, dass nach Argentinien die erste Garnitur der bundesdeutschen Lateinamerika-Diplomaten entsandt wurde und dass Argentinien zu den bevorzugten Einwanderungsländern der Deutschen im Cono Sur gehörte. Spricht es nicht des Weiteren für ein offizielles Argentinien-Interesse in Bonn beziehungsweise in Berlin, dass Helmut Kohl 1985 seine erste offizielle Lateinamerika-Reise als Bundeskanzler nach Argentinien machte und vor dem damaligen argentinischen Parlament eine auf ganz Lateinamerika ausgerichtete Grundsatzrede zur deutschen Lateinamerika-Politik hielt oder dass Bundespräsident Roman Herzog seinen letzten Lateinamerika-Besuch in Argentinien begann? Peter Birle liefert eine lesenswerte Skizze der Entstehung einer Zivilgesellschaft, an deren Promotion beide Kirchners ihren Anteil hatten. Hier sind offenbar politische Mobilisierungen entstanden, die man früher nicht kannte, die aber nichts an der Tatsache ändern, dass Argentinien ein Auswanderungsland geblieben ist, was besonders für jüngere Akademiker gilt, und dass Argentiniens Problem eine innere Fragmentierung bleibt, was in den Ausführungen von Mariana Lagos gut zum Ausdruck kommt.

Alles in allem liegt ein differenzierender Sammelband vor, der einen brauchbaren Überblick bietet. Von einem ganz anderen Charakter ist Peter Waldmanns Monographie. Er besitzt die seltene Gabe, Faktendarstellungen mit essayistischer Tiefe zu verbinden. Waldmann leugnet in diesem Argentinien-Buch nirgendwo seine soziologische Herkunft und diskutiert seine Abhandlung unter dem gelungenen Losungswort „Schwellenland auf Dauer“. Für ihn ist es „am wahrscheinlichsten, dass das Verharren im Wartestand, mit unübersehbaren Niedergangstendenzen anhält“. Die Begründung liefert er in dem Kapitel „Ein Land in der Krise“ über die Jahre 1955 bis 1983: „Die Lage des Landes wies alle Merkmale einer anomischen Situation auf, das heißt einer sozialen Konstellation, in der die üblichen Normen und Regelmechanismen weitgehend versagen, so dass jeder nach seinen eigenen Normvorstellungen leben muss und im Zweifel das Recht des Stärkeren gilt.“

Dass damit keine funktionierende Verwaltung oder Ansätze zu einer Gewaltenteilung möglich sind, ist genauso naheliegend wie die Tatsache, dass Argentinien aus seinen regelmäßigen Finanz- und Wirtschaftskrisen kaum mehr herausfindet. Immer wiederkehrende Inflationen, eine steigende Kriminalität und schwankende ordnungspolitische Experimente lassen kein staatlich-gesellschaftliches Gesamtkonzept von Dauer entstehen. Das Aufkommen einer früher kaum bekannten Unterschicht gehört zu den Negativseiten dieser Entwicklung. Es fehlt bis heute eine verantwortungsbewusste Oberschicht. Bisher galt sie nach Waldmann immer als „opportunistisch und selbstsüchtig“. Interessant ist die Charakterisierung des Staates: Kennzeichnend sei, dass dieser keine den gesellschaftlichen Partikularbelangen gegenüberstehende eigene Machtgröße darstelle, dass es keine Staatsräson gebe. Lesenswert sind alle Passagen, die sich mit den führenden nachmilitärischen Präsidenten Alfonsín, Menem und Kirchner beschäftigen.

In beiden Publikationen kommen zwei Dinge zu kurz: Argentiniens neue internationale Einbindungen, die bekanntlich auf ältere Initiativen zurückgehen, werden ohne Vertiefungen *en passant* erwähnt. Und ob sich das Land darum bemüht, über Forschung und Entwicklung ein Stück globaler Umgestaltung mitzuverantworten, bleibt gleichfalls offen. MANFRED MOLS

Peter Birle/Klaus Bodemer/Andrea Pagni (Herausgeber): Argentinien heute. Politik, Wirtschaft, Kultur. Vervuert Verlag, Frankfurt am Main 2010. 498 S., 36,– €.

Peter Waldmann: Argentinien. Schwellenland auf Dauer. Murmann Verlag, Hamburg 2010. 230 S., 19,90 €.

Politische Sterilisierung

Die CDU in Mecklenburg-Vorpommern 1945 bis 1952

Zur Erringung und Sicherung der Macht waren für die Kommunisten in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und späteren DDR drei Faktoren von ausschlaggebender Bedeutung: der politische und militärische Schutz durch die Sowjetunion, die Vereinnahmung der Sozialdemokratie (April 1946) und die Domestizierung der bürgerlichen Parteien. Erst als diese zu „Blockflöten“ geworden waren – ein sarkastischer Begriff mit doppelter Bedeutung –, konnte die SED nahezu unbeschränkt herrschen. Unmittelbar nach Kriegsende, am 14. Juli 1945, war es der KPD gelungen, alle Parteien in die Einheitsfront des antifaschistisch-demokratischen Blocks zu zwingen, um die katastrophale Nachkriegssituation gemeinsam zu bewältigen. Das mochte damals durchaus gerechtfertigt erscheinen. Doch vor dem Hintergrund einstimmig zu fassender Beschlüsse, wie dies der Block vorschrieb, beraubte es die Parteien ihrer wesentlichen Funktion in einer Demokratie: der des politischen Meinungsstreits.

Auch wenn die Einbindung in den „Antifa-Block“ wahrscheinlich der entscheidende Schritt für die nachfolgende politische Sterilisierung der nichtkommunistischen Parteien war, so zeigt Christian Schwießelmann auf regionalhistorischer Ebene, wie mühsam dieser Prozess für die SED gewesen ist und welche schlimmen Konsequenzen er für die CDU mit sich brachte. Detailliert weist er am Beispiel der Christlichen Demokraten in Mecklenburg-Vorpommern nach, dass sich der dortige Landesverband nach Kräften gewehrt und dafür keine geringen Opfer gebracht hat. Zur „Blockflöte“ ist man nicht einfach geworden. Vielmehr mussten den Mitgliedern des CDU-Landesverbandes seitens der SED und der sowjetischen Besatzungsmacht mehrfach auf drakonische Weise die „Flötentöne“ beigebracht werden, um sie schließlich in die letztlich unausweichliche Suprematie kommunistischer Diktatur zu zwingen.

Dabei war die CDU Mecklenburg-Vorpommerns für diese fundamentale politische Auseinandersetzung keineswegs gut gerüstet. Ihre Gründung vollzog sich zwar spontan, ging aber relativ langsam voran. Zugleich war sie ungleichgewichtig zusammengesetzt: Zwei Drittel ihrer Mitglieder kamen aus Mecklenburg, ein Drittel aus Vorpommern. Dieses Ungleichgewicht führte zu latenten Spannungen, da die aus Vorpommern stammenden Mitglieder vergeblich einen eigenen Bezirksverband zu gründen suchten. Darüber hinaus war in der CDU im Norden der SBZ/DDR der Anteil des Linksliberalismus besonders stark. Zwischen der neu gegründeten, überkonfessionellen CDU und der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) der Weimarer Republik bestanden enge Affinitäten. Das hatte zur Folge, dass die ebenfalls 1945 neu gegründete Liberal-Demokratische Partei (LDP) Mühe hatte, in Schwung zu kommen und in der SBZ/DDR immer ihre schwächste Basis besaß.

Ausschlaggebend wurde jedoch, dass die sowjetische Besatzungsmacht immer wieder massiv in den organisatorischen Ausbau der bürgerlichen Parteien und ihr Personal eingriff. Vor den Kommunal- und Landtagswahlen im Herbst 1946 konnte die Union gerade einmal in zehn Prozent aller Gemeinden antreten, so sehr hatten die Sowjets auf dem Verwaltungswege Bewerbungen der CDU-Ortsvereinigungen verzögert oder verhindert. Dennoch nahm die Nord-CDU ab Ende 1946 einen bemerkenswerten Aufschwung und erreichte im April 1949 mit fast 30 000 Mitgliedern ihre größte Stärke. Der Grund für diese Wachstums- und Konsolidierungsphase lag darin, dass die CDU trotz aller Behinderungen und Schikanen bei der Landtagswahl immerhin 34,1 Prozent aller Stimmen errungen hatte und im Schweriner Landtag mehr als ein Drittel der 90 Abgeordneten stellte. Mit der Gründung der DDR im Oktober 1949 setzte jedoch ein massiver Rückgang ein. Während die Blockpolitik ihrem Handeln bereits im vorparlamentarischen Raum Fesseln anlegte, band ihr die Regierungsverantwortung, zusammen mit der SED, die Hände im Parlament.

Nach der Staatsgründung, sekundiert von den Sowjets, ging die SED rücksichtslos gegen die CDU vor. Im ersten Halbjahr 1950 schieden allein acht ihrer Landtagsabgeordnete durch Republikflucht, Ausschluss, Rücktritt oder Übertritt in andere Parteien aus. Im zweiten Halbjahr wurden drei weitere Abgeordnete trotz ihrer Immunität von einem Sowjetischen Militärtribunal verurteilt und nach Sibirien deportiert. Insgesamt elf Christdemokraten verloren bis Mitte der 1950er Jahre ihr Leben. Dieses brutale Vorgehen sollte den Transformationsprozess zu einer eingeschüchterten, willfährigen Partei beschleunigen und ihre Funktion als Blockflöte bis Ende 1989 fixieren. Bis in die Kreisverbände hinein, quellenmäßig breit fundiert, ist hier eine umfassende Rekonstruktion des Neubeginns der CDU in Mecklenburg-Vorpommern gelungen. Einmal mehr wird daraus ersichtlich, dass die Parteien, einschließlich der SPD, in der SBZ/DDR niemals eine wirkliche Chance politischer Selbst- und Mitbestimmung hatten. GÜNTHER HEYDEMANN

Christian Schwießelmann: Die CDU in Mecklenburg-Vorpommern 1945 bis 1952: Von der Gründung bis zur Auflösung des Landesverbandes. Eine parteiengeschichtliche Darstellung. Verlag Droste, Düsseldorf 2010. 512 S., 49,– €.

Maßlos enttäuscht, ideologisch verblendet

Posthume Erinnerungen von Gerd König, dem letzten Botschafter der DDR in Moskau

Gerd König gehörte zu einer Gruppe von zwölf jungen Leuten aus der DDR, die 1953 als Erste zum Studium an das Moskauer Staatliche Institut für Internationale Beziehungen, die noch heute bestehende Kaderschmiede für Diplomaten, geschickt wurden. Sechs Jahre blieb der Sohn eines Bergmanns aus der Niederlausitz dort zur Ausbildung. Es wird niemanden überraschen, dass ihn diese Zeit besonders geprägt hat. Die Sowjetunion, bekennt König in seinen postum erschienenen Erinnerungen, sei für ihn immer ein Vorbild gewesen: „An dieses Land hatte ich stets geglaubt, der Politik seiner Führung vertraut, sie zum größten Teil verteidigt und aktiv daran mitgewirkt, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern unserer beiden Staaten zu erhalten und zu vertiefen. Und plötzlich brach alles zusammen.“

Der Zusammenbruch – das war (nicht nur für ihn) der sich schon abzeichnende Untergang der Sowjetunion, der „Zerfall des sozialistischen Systems“, das Verschwinden der DDR von der Landkarte Europas. Die Ironie des Schicksals wollte es, dass er all dies am Ende einer stetigen Karriere im Außenministerium und in der Abteilung Internationale Verbindungen beim ZK der SED aus nächster Nähe miterlebte: Er war vom Januar 1987 bis zum September 1990 der letzte Botschafter der DDR in Moskau. König kannte sich aus in der sozialistischen Welt. Doch in den Erinnerungen, die er bis zu seinem Tod im Herbst 2009 nicht mehr fertigstellen konnte, kommen die dramatischen Ereignisse während seiner zweiten Moskauer Jahre nur am Rande vor. Über Gorbatschows großes Experiment mit der „Perestrojka“, den verzweifelten Versuch, das kommunistische System zu modernisieren und zu demokratisieren, um es ins nächste Jahrhundert hinüberzuretten, erfährt der Leser nur wenig. Außer dem Wort „Scheitern“ fällt dem Autor dazu kaum etwas ein.

Warum er nicht einfach unbefangen schildert, was er damals erlebt hat, ist offenkundig: Auch nach zwei Jahrzehnten kann sich König mit dem Gang der Geschichte nicht abfinden. Deshalb verengt er den Blick auf den Aspekt, wie durch Gorbatschows Reformen das Verhältnis der Sowjetunion zur DDR, ihrem „engsten Verbündeten und treuesten Freund“, getrübt und schließlich untergraben worden sei. Auf mehr als vierhundert Seiten kreisen diese rückwärtsgewandten Betrachtungen, die von den Herausgebern gekürzt und bearbeitet wurden, um die Frage nach „Schuld und Verantwortung für das Ende der DDR“.

Man muss dem ehemaligen Diplomaten, der als ZK-Mitglied zugleich Parteifunktionär war, zugestehen, dass er sich die Sache nicht leichtmacht. Er ist um ehrliche Antworten bemüht, und seine sachliche, viele Fakten ausbreitende Darstellung enthält auch eine kleine Dosis Selbstkritik. König hat nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten – „für mich zeitlebens ein verhängnisvoller Tag“ – in Moskau Nachforschungen angestellt, alte Kontakte gepflegt, sich Zugang zu Dokumenten verschafft. Mit beträchtlichem Aufwand legt er dar, wann und warum die sowjetische Führung ihre Haltung in der deutschen Frage änderte.

Im November 1989 – gut eine Woche nach dem Fall der Berliner Mauer – fanden in der von Valentin Falin geleiteten Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU erste interne Beratungen über die neue Lage statt. Ein Ergebnis dieser Überlegungen sei gewesen, schreibt König, dass die Sowjetunion nationale Interessen in und gegenüber Deutschland zu vertreten habe und diese „nicht zu eng mit dem Sozialismus auf deutschem Boden, also mit der DDR, verbunden werden“ dürften.

Am 26. Januar 1990 habe Gorbatschow dann nach einem Gespräch im engsten Kreis das weitere Vorgehen festgelegt. König rekonstruiert dieses Treffen aus Aufzeichnungen von Beteiligten. Gorbatschow wird mit den Worten zitiert: „Nunmehr ist klar, dass die Vereinigung unausweichlich ist, und wir haben nicht das moralische Recht, uns ihr zu widersetzen.“ Also komme es darauf an, den Prozess möglichst lange hinzuziehen und die eigenen Interessen zu wahren. Dann präzisiert Gorbatschow: „Es gibt keine realen Kräfte in der DDR. Folglich können wir auf den Prozess nur über die BRD Einfluss nehmen.“

Dass dann alles doch sehr schnell ging und die Sowjetunion wichtige Forderungen, wie etwa die Neutralität des vereinigten Deutschlands, nicht durchsetzen konnte, führt der Verfasser vor allem auf die „Inkonsequenz und Inkompetenz“ Gorbatschows und seines Außenministers Schewardnadse zurück. Sie hätten für die Vereinigung keine klaren Bedingungen gestellt, nicht einmal über eine Verhandlungsstrategie verfügt und die DDR, die in den Beziehungen Moskaus zu den westlichen Staaten nur noch als „Belastung“ empfunden wurde, mehr als einmal im Stich gelassen. Darüber ist König „maßlos enttäuscht“.

Ausführlich und mit einem gewissen Verständnis schildert er in der ersten Hälfte seines Buches, wie Erich Honecker, der als Generalsekretär „allein zuständig“ gewesen sei für die Beziehungen zur KPdSU, die DDR gegen ein Überschwappen der Perestrojka abzuschotten versuchte. Die SED-Führung habe zwar nicht wissen können, „dass die Politik Gorbatschows den Sozialismus und die DDR zerstören würde“, schreibt König. Doch zumindest die „älteren Genossen“ hätten geahnt, welche Gefahren von Reformen ausgingen. Andererseits hält er Gorbatschow und dessen Mitstreitern in Partei und Regierung vor, manches wäre vielleicht anders gekommen, wenn sie stärkeren Druck auf Honecker ausgeübt hätten. In den Gesprächen, an denen er teilgenommen habe, sei das aber nie der Fall gewesen. Der Autor geht nicht so weit, Honecker und das SED-Politbüro von einer Mitverantwortung für das Verschwinden der DDR freizusprechen. Aber entscheidend sei gewesen, dass ihr durch Gorbatschows Reformen – die „Abwertung des bisherigen Sozialismusbildes“ und die Aufforderung, „im Interesse eigener Systemverbesserung vom Klassengegner zu lernen“ – die angeblich auf der Überlegenheit des sozialistischen Gesellschaftssystems beruhende Legitimationsgrundlage entzogen worden sei, „auf der sie über Jahrzehnte ihre Existenz neben der kapitalistischen BRD behauptet hatte“.

So nähert sich König etwas zögernd der Einsicht, dass seine große Enttäuschung über das „Ende der DDR“ mit ideologischer Blindheit zu tun haben könnte: „Erneuerungen oder Korrekturen am Sozialismus hielt ich für möglich, Reformen für dringend erforderlich, aber eine Beseitigung des Sozialismus, noch dazu auf einem friedlichen und gewaltfreien Weg, für absolut unmöglich. Letztlich war es der ‚unerschütterliche Glaube an die Unbesiegbarkeit des Sozialismus‘, der unseren Blick trübte und uns in diese historische Niederlage schlittern ließ.“ HORST BACIA

Gerd König: Fiasko eines Bruderbundes. Erinnerungen des letzten DDR-Botschafters in Moskau. Herausgegeben von Karl-Heinz Fehlberg und Manfred Schünemann. Edition Ost im Verlag Das Neue Berlin, Berlin 2011. 464 S., 16,95 €.